

Der Deutsche Holzarbeiter

Eigentum und obligatorisches Organ des christlichen Holzarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Erscheint jeden Freitag.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 75 Pfg. Deutscher Postzeitungskatalog 1924a.
Für die Mitglieder des Verbandes durch die Zahlstellen gratis.

Insertionspreis: Die einpaltige Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg.

Redaktion und Expedition: Köln a. Rhein, Palmstraße 14. — Telephonruf 7605
Redaktionschluss: Dienstag Mittag.

Nr. 29.

Köln, den 17. Juli 1903.

IV. Jahrgang.

Kollegen, agitiert für unseren Verband!

Bekanntmachung.

Eingänge bei der Hauptkasse an Extrabeiträgen
Cöln-Nippes 14,40 Mk., Einzelmitglieder Weigel,
Wesler und Tepper je 0,80 Mk. Früher eingeg-
gangen 1775,50 Mk. Gesamtsumme 1792,30 Mk.

Ferner gingen ein am 6. April die Abrechnungen
für das 4. Quartal 1902 aus Stuttgart mit
87,15 Mk., am 22. Juni fürs 1. Quartal 1903
aus Sossenheim mit 23,28 Mk. und Ingolstadt
mit 0,72 Mk.

Bezüglich der Abrechnungen machen wir die
Ortsverwaltungen darauf aufmerksam, alle Formulare
vollständig und sauber auszufüllen, insbesondere
darf nicht unterlassen werden, die genauen Zahlen
über den Mitgliederbestand anzugeben. Bei den
Geldsendungen vergesse man nie auf dem Abschnitt
die Summe detailliert zu vermerken.

Den dreiwöchentlichen Zeitungspaketen liegt ein
Fragebogen betreffend die Krankengeld-Zuschüsse
bei. Die Ortsverwaltungen werden gebeten, den-
selben baldmöglichst ausgefüllt zurückzusenden. Bis
jetzt haben es nur einige Zahlstellenverwaltungen
für notwendig befunden, die betreffenden Fragen
auf die in Nr. 25 veröffentlichte Aufforderung hin
zu machen.

Die Adresse des Gewerkschaftssekretärs in Müll-
hausen ist ab 1. August: Franz Fischer, Müllhausen
zu Elsf., Hirschstraße 54.

Zeitgemäße Betrachtungen.

Raum sind die beiden großen Ausperrungen
in Hferlohn und Birmasens vorüber, und von allen
Ecken und Enden unseres Vaterlandes werden neue
große Arbeitskämpfe, neue Ausperrungen gemeldet.
Man möchte bald zu der Ansicht hinneigen, daß ein
sömliches Ausperrungsieber das ganze Unternehmertum
ergriffen hätte. In Hannover sind es die
Dammunternehmer, die mehrere Tausend Arbeiter,
darunter etwa 500 christlich organisierte, ausgesperrt
haben. In Köln ist ebenfalls seit 14 Tagen im
Baugewerbe die Ausperrung perfekt. Mehrere
Tausend Arbeiter sind dort gleichfalls brotlos ge-
macht. In Düsseldorf wurde noch im letzten
Augenblick eine Ausperrung von etwa 2000 Holz-
arbeiter verhindert. Außer den Ausperrungen zeigt
es sich ferner, daß mit jedem Tage die gewöhn-
lichen Streiks mit immer größerer Hartnäckigkeit
geführt werden. Selten werden jetzt Streiks in 8 oder
14 Tagen beigelegt, meistens dauern sie eine Reihe
von Wochen, ja Monate. Diese Erscheinung ist
eine ganz natürliche Folge der in den letzten Jahren
mächtig erstarkten Arbeitgeberorganisationen. Heute
haben wir es bei vielen Arbeitskämpfen nicht mehr
mit dem einzelnen Arbeitgeber, sondern mit dem
vereinigten Unternehmertum zu thun. Mit dieser
Thatsache werden in Zukunft die Arbeiter und deren
Organisationen um so mehr zu rechnen haben,
als die Unternehmer ihre Verbände immer mehr
zu festigen suchen. Daraus erfolgt ganz von
selbst, daß auch die Arbeiter es als die erste Sorge
betrachten müssen, ihre Verbände derart zu festigen,
daß sie den größten Kämpfen sich gewachsen zeigen.

Und da spielt eben neben der Einigkeit der
Kämpfenden das

Geld

die allerwichtigste Rolle. Zum Kriegsführen gehört
Geld, Geld und nochmals Geld, so heißt ein alter,
aber sehr richtiger Ausspruch. Dasselbe gilt auch
für jede Arbeiterorganisation, die es ernst mit der
Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse
meint. Was hätten wir beispielsweise in diesem
Jahre bei den soeben beendeten Kämpfen in Posen
und Alteneffen angefangen, wenn unsere Kasse nicht
in der Lage gewesen wäre, die notwendige Unter-
stützung auszusahlen? Wir hätten einfach den
Kampf gar nicht wagen dürfen, oder aber wir hätten in
kurzer Zeit ohne Erfolg die Segel streichen müssen.
Der Triumph wäre dann auf Seite der Unter-
nehmer gewesen, und die Arbeiter wären gezwungen,
womöglich unter noch schlechteren Verhältnissen
wieder zu arbeiten. Jetzt aber brauchten unsere
Kollegen dieses nicht. Prompt erhielten sie aus der
Kasse die Unterstützung, bis beide Kämpfe mit einem
Siege endeten.

Doch nicht allein zum Kriegsführen sind gefüllte
Kassen unbedingt nötig, sondern auch zur Erhaltung
des Friedens. Wissen die Unternehmer, ein Kampf
mit der Arbeiterorganisation wird lange dauern,
so werden sie sich's zehnmal überlegen, ehe sie es
zu einem Kampfe kommen lassen. Versteht es dann
die Führung der Arbeiterorganisation, mit dem
nötigen Takt bei Ausbruch der Differenzen einzu-
greifen, dann können sehr gut auch ohne Kampf
schöne Vorteile für die Arbeiter errungen werden.
Gute Kassen sind also gleichsam das Rückgrad einer
gewerkschaftlichen Organisation. Von ihnen hängt
der Erfolg für die Arbeiter wesentlich ab. Darum
muß es die erste Sorge eines Gewerkschaftlers sein,
seine Gewerkschaftskasse zu stärken, es muß mit
anderen Worten jedes Verbandsmitglied gern und
freudig seine

Beiträge

entrichten. In der Gewerkschaftsbewegung befinden
sich keine reichen Goldonkels, die den bedrückten
Arbeitern hilfreich beispringen, da müssen eben die
Arbeiter für sich selbst sorgen. Einerseits ist es
auch gut, daß dem so ist, denn dadurch wird erst
das Interesse der Arbeiter für ihre Organisation
gefördert, und diese kann frei und unabhängig für
die Mitglieder eintreten. Dessenungeachtet, die
es verstehen, für ihren Stand Opfer zu bringen,
kann man nur beglückwünschen. Sie werden da-
durch niemals etwas verlieren, wohl aber sehr viel
gewinnen. Nur rückständige Arbeiter können sich
beklagen über zu hohe Beiträge für den Verband.
Wollte eine Organisation auf solche Mitglieder, die
fortwährend über zu hohe Beiträge jammern, all-
zuviel Rücksicht nehmen, dann würde sie dadurch
dem Arbeiterstande den denkbar schlechtesten Dienst
erweisen. Erfahrungsgemäß sind gerade diejenigen
Kollegen, die am wenigsten oder am liebsten gar
nichts zahlen wollen, die anspruchsvollsten, wenn es
sich um Unterstützungen handelt. Hieron können
besonders die Streikfeiter ein Liedchen singen.
Schon gleich bei Ausbruch eines Streiks suchen
solche Kollegen einen über das Statut hinaus-
gehenden Unterstützungssatz herauszupressen. Glückt
dieses nicht, dann liegt man aber während des
ganzen Streiks dem Kassierer zur Last. Bald ist
die Frau krank, bald ist die Miete fällig, bald sind

Schulden zu zahlen und wie die Vorwände alle
heißten mögen, um eine Extra-Unterstützung zu er-
langen. Anlässlich von Streiks soll das Geld in
Strömen fließen; woher dies genommen werden soll,
ist Nebensache. Eine Organisation thut daher gut,
mit der Beitragserhebung nicht zu zimperlich zu
sein, dann kann im gegebenen Augenblick auch
etwas geleistet werden. Zu einer entsprechend hohen
Beitragserhebung werden die Organisationen aber
auch gezwungen, durch die in letzter Zeit sich
mehrenden

Ausperrungen.

Durch sie suchen die Arbeitgeber die Arbeiter
mürbe zu machen, um sie dann von dem Bestreben,
bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu schaffen,
abzubringen. Sehr leicht kann dies Experiment
dann gelingen, wenn die Organisation nicht über
die nötigen Mittel verfügt, den Schlag zu parrieren.
Die meisten christlichen Gewerkschaften haben nun
zwar für solche und ähnliche außergewöhnliche Kämpfe
in ihren Statuten die Erhebung eines Extrabeitrages
vorgesehen, wovon ja auch bei Gelegenheit der Aus-
perrungen in Birmasens und Hferlohn Gebrauch
gemacht wurde. Allein es zeigt sich selbst bei diesen
für die ganze Arbeiterchaft höchst wichtigen Fällen,
daß ein großer Teil der organisierten Kollegen sich
über den Ernst der Lage leichtsinnig hinwegsetzen
und pflichtvergessen die ausgeschriebenen Extrabeit-
räge nicht leisten. Wohl muß man auch mit dem
Umstand rechnen, daß ein Teil der Verbandsmit-
glieder erst frisch in die Organisation eingetreten
und daher noch nicht die Bedeutung der kleinen
Opfer zu würdigen weiß. Sie sträuben sich daher
aus Unkenntnis dagegen, den Extrabeitrag zu leisten
und treten nicht selten aus diesem Grunde wieder
aus der Organisation aus. Um diesen, wenn auch
vereinzelt, Erscheinungen aus dem Wege zu gehen,
macht ein Verbandsmitglied in einer Zuschrift den
Vorschlag, eine besondere

Streik-Kasse

zu gründen für alle außergewöhnlichen Fälle. „Zu
diesem Zwecke“, so schreibt der Kollege, „müßten
sogenannte Streikmarken, das Stück zu 10 Pfg.,
herausgegeben werden. Jede Zahlstelle hätte dann
in Friedenszeiten für einen möglichst großen Absatz
zu sorgen. Dadurch käme unser Verband in die
Lage, einen Extra-Streikfond zu sammeln, der im
Notfalle zur Verfügung stünde. Käme dann ein
außergewöhnlicher Kampf, so könne der Kauf der
Extra-Marken trotzdem noch obligatorisch zur Pflicht
gemacht werden“. So gut dieser Vorschlag gemeint
ist, so können wir uns doch nicht sehr für denselben
erwärmen. Es würden die opferwilligen Kollegen
jedemfalls den Meistenanteil des Streikfonds allein
sammeln müssen, während die Ernte allen ohne
Ausnahme zu gute käme. Nach unserer Ansicht
führt ein anderer Weg viel besser zum Ziele und
das ist die Erhebung eines

Sozialbeitrages.

Ist dieser von der Mehrheit der Zahlstelle be-
schlossen, dann müssen eben alle Mitglieder, die
einstens mit ernen wollen, auch mit läen. Auf
diese Weise kommt eine große Summe zusammen,
ohne daß es der einzelne an seiner Geldbörse spürt.
Einige Zahlstellen haben dies denn auch längst schon
eingesehen, indem sie einen Sozialbeitrag erheben;
mit welchem Erfolge, zeigen uns die Quartalab-

rechnungen. In der letzten steht z. B. Berlin mit einem Lokalkassenbestand von 105 Mk., Köln 679 Mk., Düsseldorf 801 Mk., München 541 Mk. u. s. w. Hier von erheben Berlin und München pro Woche 10 Pf. und die beiden andern Zahlstellen 5 Pf. Extrabeitrag. Diesen Zahlstellen ist es ein leichtes, in Notfällen 100 Mk. zu bewilligen, ohne die Mitglieder zu besonderen Leistungen heranzuziehen. Sage man nicht, was in Berlin und München nach der Seite hin gemacht worden ist, das geht in andern Orten nicht. Es geht überall, wenn nur der gute Wille vorhanden ist. Meistens lassen sich die Ortsverwaltungen täuschen von einigen Kollegen, die, wenn's sich auch nur um einige Pfennige zum Bezahlen handelt, ein Geschrei erheben, als ob sie die ganze Zahlstelle hinter sich hätten. Schreiber dieses erlebte seiner Zeit einen Fall, wo ebenfalls eine Ortsverwaltung den Antrag auf Erhebung eines wöchentlichen Lokalkassbeitrages von 5 Pf. den Mitgliedern zur Beschlussfassung vorlegte. In der betreffenden Versammlung wurde von einigen, im übrigen sehr guten Mitgliedern gegen den Antrag heftig gestritten, so daß es bald den Anschein erweckte, als ob tatsächlich die Sache ins Wasser fiel. Die Ortsverwaltung ließ sich jedoch nicht irre machen und stellte den Antrag, eine Urabstimmung vorzunehmen. Es geschah dies und zwar mit dem Resultat, daß 176 für die Erhebung des Lokalkassbeitrages und nur 4 Kollegen dagegen stimmten. So würde sich in vielen Zahlstellen ein Lokalkassbeitrag einführen lassen, wenn die Sache richtig angefaßt, den Mitgliedern erklärt und mit der nötigen Festigkeit vertreten würde. Dadurch ließe sich das Betriebsvermögen ganz erheblich vermehren und unsere Position stärken. Auch hätten dann die Ortsverwaltungen mehr Mittel zur Verfügung, um eine kräftige

Agitation

am Orte entfalten zu können. Jetzt treten manche Zahlstellen alle Augenblicke an die Zentrale heran, bald um diesen, bald um jenen Zuschuß. Gewiß wird die Zentrale überall dort hilfreich einspringen, wo es wirklich notwendig ist, aber es darf sich keine Zahlstelle bloß auf die von außerhalb kommende Unterstützung verlassen. Jede Zahlstelle muß bestrebt sein, aus sich selbst heraus vorwärts zu kommen. Aus eigener Kraft! Das muß in jeder, selbst der kleinsten Zahlstelle die Parole sein. Ist dieser Geist nicht unter den Mitgliedern vorhanden, dann nützt eine fortwährende Unterstützung von außerhalb sehr wenig. Wie sich z. B. die Zahlstelle Düsseldorf von 5 zu jetzt über 300 Mitgliedern empor gearbeitet hat, trotz vieler Schwierigkeiten, so muß dies auch an anderen Plätzen gehen.

Das sind so einige Punkte, die wohl geeignet wären, in der nächsten Zeit in den Versammlungen zum Gegenstand einer Diskussion gemacht zu werden. Geschieht dies in der rechten Art und Weise, dann dürfte der Erfolg nicht ausbleiben.

Der Arbeitgeber-Schutzverband in Köln.

Wie unsern Mitgliedern aus dem Organ bekannt sein dürfte, hat die Ortsverwaltung Köln im April dieses Jahres an die Kölner Meisterschaft ein Zirkular verjandt. Dieses Zirkular ist jetzt nach ungefähr 10 Wochen mit noch einem „sehr wichtigen Dokument“ dank der vorzüglichen Verbindungen, die der Arbeitgeber-Schutzverband allwärts unterhält, nach Berlin in die Redaktionsstube der Fachzeitung gelangt. Schnelligst beilicht sich selbstverständlich der Chef-Redakteur dieses Blattes, Herr Kleibinder, in fünf Spalten dieses Ereignis der Welt kund zu thun. Hierzu schreibt uns ein Mitglied der Kölner Ortsverwaltung:

„Unter der Ueberschrift „die Krise in Köln“ beilicht die Fachzeitung einen ernsten Mahnruf an die Arbeitgeber ergehen zu lassen. Veranlassung hierzu bildet ein Zirkular, daß, wie die Fachzeitung schreibt und die muß es ja wissen, in tausend und abermalig tausend Exemplaren verschickt wurde und eines der interessantesten Dokumente darstellt, die die Herrn in Berlin je gesehen. Wir sind es gewohnt“, so schreibt die Fachzeitung wörtlich, „unser organisierten Arbeitern ihre Forderungen schlicht und klar damit motivieren zu lassen, daß sie einfach erklären, die Verhältnisse erfordern höhere Löhne und eine kürzere Arbeitszeit. In dem vorliegenden Falle aber sind die Forderungen des christlichen Holzarbeiterverbandes ganz und gar anders motiviert. Da werden die Schäden, an denen das Meistertum leidet, durch eine geschickte Umweilung zu Schäden des Gesellenhandes gemacht, und zum Schluß scheinen die

Forderungen nicht etwa im Interesse der Arbeiter, sondern einzig und allein zum Wohle des Meisterstandes gestellt zu sein“. Damit nun auch unsere Mitglieder das interessante Schriftstück kennen lernen, wollen wir dasselbe hier folgen lassen:

Köln, den 25. April 1903.

An Herrn A. N. hier.

Die unterzeichnete Kommission beehrt sich, im Auftrage der vom christlichen Holzarbeiterverbande einberufenen Versammlung, welche am 18. April „Im Overstolzen“ tagte, Ihnen folgendes zu unterbreiten:

Mit der Entwicklung, die unser Schreinergerwerbe genommen hat, treten Erscheinungen zu Tage, welche nicht auf gesunde Zustände schließen lassen. Der Konkurrenzkampf schlägt Bahnen ein, die unbedingt eine Aenderung notwendig machen. Am ausgeprägtesten finden wir dieses bei den Submissionen. Nicht selten sind die Fälle, daß Unterangebote gemacht werden bis zu 50%. Durch solche Unterbietungen wird das ganze Handwerk geschädigt. Es wirken verschiedene Ursachen mit, um solche Freundschaft zu zeitigen. Die Schuld liegt vielfach daran, daß jüngere Meister nicht genügend theoretisch ausgebildet sind. Als Geselle wurde der theoretischen Ausbildung sehr wenig Zeit gewidmet. Der späte Schluß der Arbeitszeit machte eine gediegene theoretische Ausbildung unmöglich. So ist es nicht zu verwundern, wenn die Kalkulationen vielfach mangelhaft sind, und daher rührt das bedauerliche Unterangebot bei Submissionen. Soll hier Aenderung eintreten, so wird selbst ein Meisterkursus nur dann den erhofften Erfolg aufweisen, wenn der Geselle während der ganzen Gesellenzeit sich nach der Arbeit der theoretischen Ausbildung widmen konnte. Dazu ist aber ein früherer Schluß der Arbeitszeit notwendig.

Aber nicht allein der Meister soll zur Leitung des Geschäftes praktisch und theoretisch ausgebildet sein, damit er sich alle Errungenschaften der modernen Technik nach Möglichkeit zu Nutze machen kann, auch der die Arbeit ausführende Geselle darf nicht zurückbleiben, wenn das Handwerk leistungsfähig sein soll. Heute kommt es mehr wie früher darauf an, die Vorteile bei der Arbeitsweise herauszufinden. Ein Kopf leistet mehr wie sechs Hände. Aber auch die Fachbildung wird nur dann die wünschenswerten Erfolge erzielen, wenn die Gesamtausbildung mit derselben gleichen Schritt hält. Hierin liegt wiederum ein Grund, einen früheren Arbeitschluß herbeizuführen. Wird die Arbeitszeit verkürzt, so beweist die Erfahrung, daß intensiver gearbeitet wird. Meister und Gesellen haben mehr Gelegenheit, sich in den Arbeitsplan hineinzudenken. Die Intelligenz befruchtet so die Arbeit der Hände.

Die Arbeitszeit in unserem Verufe ist in Köln allgemein morgens von 7-12 und nachmittags von 1/2-7 Uhr mit je 1/2stündiger Frühstück- und Vesperpause. Um einen früheren Schluß der Arbeit herbeizuführen, könnte die Vesperpause fortfallen und dann um 6 Uhr geschlossen werden. Es ergäbe sich daraus der Vorteil, daß Verzögerungen der Arbeit bei Anfang und Ende der Pause fortfielen und es würde eine Stunde Heizung und Licht gespart. Die Erfahrung lehrt, daß in allen größeren Städten, wo die neunstündige Arbeitszeit besteht, die Konkurrenzfähigkeit dadurch keinen Schaden erleidet.

Eine weitere Ursache des so bedauerlichen Unterangebots bei Submissionen ist in einer ganz bedenklichen Prognis einzelner Unternehmer zu suchen. Es werden diese Unterangebote gemacht in der Hoffnung, einige in der Kalkulation unerfahrene Gesellen zu finden, die sich überreden lassen, die betreffende Arbeit in Afford zu übernehmen. Diese glauben in ihrer Unerfahrenheit, schon viel gefordert zu haben, und müssen schließlich die Wahrnehmung machen, daß sie mehrere Tage, ja selbst Wochen umsonst arbeiten müssen. Hier muß eine Aenderung eintreten. Der Arbeiter, der sich bei Afford mehr anstrengt, hat mindestens den Tagelohn verdient, und es entspricht der Billigkeit, daß bei Affordarbeiten der vereinbarte Tagelohn gesichert ist.

Ein dritter Uebelstand, der sehr zum Nachteil des Handwerkes mitwirkt, ist die schrankenlose Sonntags- und Ueberarbeit. Sieht es doch Betriebe mittlerer Größe, die sich durch Preisbrüdererei hervorathun, wo kein Arbeiter eingestellt wird, der sich nicht verpflichtet, tagtäglich einige Ueberstunden zu machen. Die Inhaber der Betriebe gehen offenbar von dem Gedanken aus, die Ueberstunden würden die Gesellen über die niedrigen Tagelöhne hinwegwischen. Das Ueberstundenmachen soll zugleich ein Beweis sein, wie dringend die bestellte Arbeit ist, auf daß die Gesellen ihre Arbeitskraft auf das Aeußerste anspannen, und so macht dann der Meister trotz seines Unterangebots noch gute Geschäfte. Daß ehrenwerte Meister es verschmähen, sich solcher Mittel zu bedienen, ist selbstverständlich. Als das geeignetste Mittel, diesem Uebelstande abzuwehren, empfiehlt sich, auf die Ueberstundenarbeit einen Lohnzuschlag zu legen, und erkannte die Versammlung für Ueberstunden 25%, für Nachtarbeit 50% und für Sonntagsarbeit 100% Lohnzuschlag als geeignet an. Der Zuschlag für Sonntagsarbeit wurde deswegen so hoch angesetzt, um dieselbe auf die ärgsten Fälle zu beschränken. Nacht der Geschäftsbetrieb ausnahmsweise die Ueberarbeit notwendig, so ist nichts dagegen einzumenden. Dagegen muß die regelmäßige Sonntags- und Ueberarbeit als Krebschaden für das gesamte Handwerk bezeichnet werden.

In einigen Betrieben ist das Mißverhältnis zu verzeichnen, daß der Arbeiter Verbrauchsmaterialien, wie Petroleum, Glaspapier, auf seine Kosten zu stellen hat. Es mag im ersteren Falle darauf zurückzuführen sein, daß einzelne Arbeiter am Tage Stunden veräußerten, um diese dann durch Nachtarbeit wieder einzuholen, oder daß im zweiten Falle einzelne Arbeiter nach Ansicht des Meisters das Glaspapier nicht genügend ausnutzten. So hätte man, um den einen Mißbrauch zu beseitigen, einen anderen Mißbrauch eingeführt. Allein, wenn man bedenkt, daß man bei scharfem Werkzeug, wenn es auch etwas kostspieliger ist, immer mehr Vorteil hat als bei abgenutztem, so wäre es eine schlechte Kalkulation, an Glaspapier 10 Pf. zu sparen und dabei 50 Pf. an Arbeitslohn zuzusetzen. Bei der geringfügigkeit des Objekts dürfen weitere Worte

überflüssig sein. Man bleibe bei dem alten Brauch, daß Verbrauchsmaterialien wie Petroleum, Glaspapier usw. seitens des Arbeitgebers zu stellen sind.

Wenn wir uns vorliegende Thatsachen vergegenwärtigen, so ergibt sich für uns die Schlussfolgerung, daß das Handwerk sich die Errungenschaften der Technik und des Fortschrittes zu Nutze machen muß und den modernen Verkehrsbestrebungen Rechnung zu tragen hat.

In Anbetracht der Einschränkung der Verkaufszeit in Kaufläden und Bazaren ist für den Arbeiter das Bedürfnis fühlbar, an Sonnabenden eine Stunde und an den Vorabenden der 3 hohen Feiertage zwei Stunden früher Arbeitschluß eintreten zu lassen, damit es dem Arbeiter möglich werde, ohne Hast und Ueberleistung seine Einkäufe machen zu können.

Aus dem Vorhergehenden ergibt sich als zu erstrebendes Ziel folgendes:

1. Einführung der neunstündigen Arbeitszeit, beginnend morgens um 7 Uhr und endend abends um 6 Uhr mit einer Frühstückspause von einer halben und einer Mittagspause von 1 1/2 Stunde.
2. Bei Affordarbeiten ist der vereinbarte Tagelohn zu garantieren und allwöchentlich auszuzahlen.
3. Sonntags-, Nacht- und Ueberarbeit hat möglichst zu unterbleiben. In unvermeidlichen Fällen ist für Sonntagsarbeit 100%, für Nachtarbeit 50%, und für Ueberarbeit 25% Lohnzuschlag zu zahlen.
4. Das Verbrauchsmaterial, wie Petroleum, Glaspapier u. s. w. ist seitens des Arbeitgebers zu stellen.
5. An Sonnabenden hat eine Stunde früher, und an den Vorabenden der 3 hohen Feiertage: Weihnachten, Ostern, Pfingsten, zwei Stunden früher Arbeitschluß einzutreten.

Wir geben der Hoffnung Ausdruck, daß die Herrn Arbeitgeber der Einführung vorstehender Reformen, als im Interesse des ganzen Gewerbes liegend, ihre Zustimmung erteilen werden und sehen einer gefälligen Rückäußerung bis . . . entgegen. Hochachtungsvoll die Kommission. S. N.: Albert Winterscheid.

Das ist also jenes interessante Dokument, welches in Köln eine ernste Krise heraufbeschworen hat. Zum Beweise dafür ist die Fachzeitung auch noch in der Lage, das Protokoll einer am 13. Mai 1903 im oberen Saale des Kristallpalastes stattgehabten Versammlung des Arbeitgeber-Schutzverbandes, Ortsbezirk Köln, mitzuteilen. Auch dieses wollen wir unsern Mitgliedern nicht vorenthalten und zwar, damit sie ersehen, welche Herrn in Köln die Geschäfte des Arbeitgeber-Schutzverbandes besorgen, in etwas verbesserter Form:

Der Vorsitzende des Arbeitgeber-Schutzverbandes, Ortsbezirk Köln, Herr S. Deuten, eröffnet die Versammlung um 9 1/4 Uhr und führt aus, daß heutigen Tags die Meister in jeder Beziehung seit 30 Jahren durch die sozialpolitische Gesetzgebung gedrückt wurden. Jetzt kämen auch noch die Gesellen mit ihren unberechtigten Forderungen, um den Meister konkurrenzunfähig zu machen. Unter Bezugnahme auf das eingeleitete Zirkular des christlichen Holzarbeiterverbandes fragt er die Versammlung, ob die einzelnen Punkte verlesen und besprochen werden sollen. Die Versammlung ist damit einverstanden.

Der Vorsitzende verliest hierauf den Punkt I des Zirkulars und stellt denselben zur Besprechung. Derselbe lautet: „Einführung der 9stündigen Arbeitszeit, beginnend morgens um 7 Uhr, endend abends um 6 Uhr mit einer Frühstückspause von einer halben Stunde und einer Mittagspause von 1 1/2 Stunde“. Die Motivierung zu den verschiedenen Punkten verliest Herr Fobbe auf Wunsch der Versammlung. Es sprachen gegen den Punkt I verschiedene Herren u. a. Herr Rings, welcher ausführte, daß in den umliegenden Ortschaften eine bedeutend längere Arbeitszeit sei und es der Konkurrenz wegen schon nicht thunlich sei, eine kürzere Arbeitszeit einzuführen. Eine von Herrn Rings verfaßte Resolution wurde einstimmig angenommen. Derselbe lautet: „In Anbetracht dessen, daß die auswärtige Konkurrenz in der längeren Arbeitszeit nur noch Verdienst finde, werde eine Verkürzung der Arbeitszeit den Meistern in Köln die Arbeit noch mehr entziehen, was auch den Gesellen, besonders den hier anfassigen, sehr unangenehm werden könnte. Aus diesen Gründen muß die Kölner Meisterschaft diese Forderung so lange ablehnen, bis in den Städten der Nachbarschaft, wo meistens 11 Stunden noch gearbeitet werde, auf die in Köln übliche Zeit herunter gegangen ist. Ueber die Einteilung der Arbeitszeit hat jeder Meister sich mit seinen Gesellen zu einigen“. Punkt II, welcher lautet: „Bei Affordarbeiten ist vereinbarter Tagelohn zu garantieren und allwöchentlich auszuzahlen“ wurde einstimmig abgelehnt, nachdem verschiedene Herren sich entschieden dagegen ausgesprochen. Punkt III des Zirkulars lautet: „Sonntags-, Nacht- und Ueberarbeit hat möglichst zu unterbleiben. In unvermeidlichen Fällen ist für Sonntagsarbeit 100%, für Nachtarbeit 50% und für Ueberarbeit 25% Lohnzuschlag zu zahlen“. Hierzu bringt Herr Rings eine Resolution ein, welche von der Versammlung, nachdem von verschiedenen Herren das Für und Wider besprochen worden war, angenommen wurde. Derselbe lautet: „Die heute im Kristallpalast tagende Schreinermeister-Versammlung erklärt sich im Prinzip damit einverstanden, daß für Nacht-, Nach- und Sonntagsarbeit eine Zulage gewährt wird. Ueber die Höhe derselben hat sich jeder Meister mit seinen Leuten zu verständigen“. Zu Punkt IV, welcher folgendes ausführt: „Das Verbrauchsmaterial, wie Petroleum, Glaspapier usw. ist seitens des Arbeitgebers zu stellen“ verliest Herr Fobbe folgende Resolution: „Die Forderung wird allen Gesellen bewilligt, mit Ausnahme derjenigen, welche nur als Anschläger und Einleger in den Bauten arbeiten“. „An Sonnabenden hat eine Stunde früher und an den Vorabenden der drei hohen Feiertage Ostern, Pfingsten und Weihnachten zwei Stunden früher Arbeitschluß einzutreten“. Dieser Punkt wurde auf Antrag des Herrn Weiler einstimmig abgelehnt und soll es so belassen werden, wie es früher gehandhabt wurde.

Herr Deuten frag nun die Versammlung, ob dem christlichen Holzarbeiter-Verband eine Antwort auf das Zirkular

gegeben werden sollte, was einstimmig verneint wurde. Hierauf schloß der Vorsitzende um 12 1/2 Uhr die Versammlung, welche von 70 Personen besucht war. 18 Meister schlossen sich durch Unterschrift dem Arbeitgeber-Schutzverband an.

Wie „ernst“ die Situation in Cöln bereits geworden ist, geht daraus hervor, daß die Fachzeitung an zwei Stellen die auswärtigen Meister warnt, keine Gesellen aus Cöln einzustellen, dagegen sollen die Meistersöhne in aller Welt schleunigst ihr Bündel schnüren und den hart bedrängten Meistern in der Festung Cöln zu Hilfe eilen. Wachsamem Auge steht der Arbeitgeber-Schutzverband bereits schlachtbereit auf seinem Posten. Schon hat er seinen Truppen die Befehle erteilt, wie sie im Kampfe zu marschieren haben. Sie dürfen vor allen Dingen nicht den Weg der Verständigung mit der Arbeiterorganisation suchen, da dieser nie und nimmer das Recht zugestanden werden darf, mit Forderungen direkt an die Arbeitgeber heranzutreten. So will es nämlich das Scharfmachertum, um nur ja durch möglichst viele Kämpfe die kleinen Meister des Mittelstandes recht bald aufzureiben. Ob die Cölner Meister unvernünftig genug sind, darauf einzugehen, muß die Zukunft lehren. Im Interesse der Meister liegt es jedenfalls nicht, wenn sie den Einflüsterungen der Scharfmacher Gehör schenken und sich gegen Reformen sträuben, die in andern Orten längst segensreich eingeführt sind. Schon die jetzige Alarmnachricht der Fachzeitung ist unseres Erachtens mehr geeignet, das Cölner Schreinerergewerbe zu schädigen wie ihm zu nützen. Wenn nunmehr, angesichts des von der Fachzeitung verkündigten herannahenden Sturmes die Bauunternehmer oder Möbelschneider ihre Aufträge außerhalb vergeben, dann wissen die Cölner Meister, an welche Adresse sie ihren Dank dafür abzustatten haben. Damit vorläufig Schluß, später mehr!

Vom Kampfplatz der „freien“ gegen die christlichen Gewerkschaften.

Schon häufig ist in der Presse der Terrorismus „freier“ Gewerkschaftler gegen christlich organisierte Arbeiter bloßgestellt worden. Selbst bei Lohnbewegungen, wo die christlichen Arbeiter mit Entschiedenheit für ihre berechtigten Interessen gemeinsam mit den „frei“ organisierten Arbeitern taktierten, machte man nicht selten die Erfahrung, daß es den Genossen selbst in kritischen Momenten für die Arbeiterschaft weniger darauf ankam, den Arbeitern zum Siege zum verhelfen, als wie den christlichen Verbänden irgend einen Streich zu spielen. Wie sehr der Haß gegen die christlichen Verbände bei einzelnen „Freien“ sich eingebissen hat, dafür liefert neuerdings die Bewegung im Cölner Baugewerbe ein Beispiel, wie es markanter nicht gezeigt werden kann. Der Sachverhalt ist folgender: In Cöln stehen die Putzer seit längerer Zeit im Ausstand. Um dieselben zum Nachgeben zu veranlassen, beschloßen die Unternehmer eine allgemeine Aussperrung sämtlicher Bauarbeiter, die denn auch tatsächlich zur Wirklichkeit wurde. Am 13. Juli sollte nun durch einen korporativen Arbeitsvertrag der Friede wieder hergestellt werden. Der tatsächliche Inhalt des Vertrages ist folgender: Die Putzer und die Maurer erhalten einen Stundenlohn von 48 Pfg. Dieser Lohn steigt am 1. November dieses Jahres auf 50 Pfg., am 1. Juli 1904 auf 52 Pfg. und dann auf 55 Pfg. Ebenfalls wird der Lohn der Bauhilfsarbeiter um den gleichen Satz von 2 Pfg. erhöht. Ferner soll eine Ahtzehner-Kommission zur Schlichtung aller Streitigkeiten im Baugewerbe gebildet werden. Mit diesem Vertrage erklärten sich am 11. Juli in einer Vorbereitungsversammlung auch die Vertreter des „freien“ Maurerverbandes einverstanden. Als jedoch am 13. Juli der Vertragsabschluß erfolgen sollte, da erklärten die Vertreter des „freien“ Verbandes den Unternehmern, mit den christlichen „Verrätern“ zusammen unter keinen Umständen einen Vertrag abzuschließen. Diesem unverschämten Verlangen gaben die Arbeitgeber nicht statt, sie erklärten vielmehr mit allen in Betracht kommenden Organisationen den Vertrag schließen zu wollen, worauf die „Freien“ das Lokal verließen. Also nicht wirtschaftliche Vorteile sind es, die die „Freien“ bewogen den Kampf fortzusetzen, sondern einzig und allein die Abneigung gegen die Christlichen. Letztere haben daher selbstständig, ohne die „Freien“ den Vertrag bis zum Jahre 1906 mit den Unternehmern geschlossen. Es erwächst nun für die christlichen Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter überall die Pflicht, durch Bezug

nach Cöln den Uebermut der Unterdrücker zu brechen. Es gilt jetzt in Cöln ein Exempel zu statuieren und der Welt zu zeigen, daß sozialdemokratischer Fanatismus es nicht fertig bringen kann, die christlichen Organisationen an die Wand zu drücken. Der Selbsterhaltungstrieb erfordert es, den gewissenlosen Hebern und Fanatikern in Cöln einen ernsten Denzettel zu verfehen, den sie sich vorher nicht geträumt.

Unsere Mitglieder aber mögen aus diesen Vorgängen die Lehre ziehen, sich fester wie je um die Fahne der christlichen Gewerkschaften zu sammeln zur Verteidigung ihrer Freiheit, der Freiheit, als christlicher Arbeiter noch existieren zu dürfen. Vor allen Dingen aber rufen wir unsern Mitgliedern zu: Seid vorsichtig bei Lohnbewegungen, und laßt Euch nirgendwo von den „Freien“ bevormunden oder bei Seite schieben!

Kundschau.

Das Programm des diesjährigen volkswirtschaftlichen Kursus in M. Gladbach wird in der Westf. Arbeiterzeitung veröffentlicht. Hiernach beginnt der Kursus nicht, wie früher berichtet wurde am 1. August, sondern am 10. August und schließt am Samstag den 17. Oktober, umfaßt also zehn Wochen. Die beiden letzten Wochen von Montag den 5. Oktober bis Samstag den 17. Oktober sind für einen apologetischen Kursus bestimmt auf Wunsch jener katholischen Arbeiter, welche von Arbeitervereinen zum Kursus entsandt werden. Der volkswirtschaftliche Teil des Kursus umfaßt demnach die Zeit von Montag den 10. August bis Samstag den 3. Oktober (8 Wochen) und zerfällt in folgende zwei Teile: A. Einleitender Teil vom 10. bis 29. August (3 Wochen); B. Spezieller Teil vom 31. August bis 3. Oktober (5 Wochen). Im ersten Teil werden die grundlegenden Kenntnisse vermittelt, im zweiten Teil die praktischen Einzelfragen behandelt. An dem zweiten Teile können solche Herren z. B. Arbeiterpräsidenten, schon in der Arbeiterbewegung thätige Arbeiter u. teilnehmen, die aus besonderen Gründen am ganzen Kursus nicht teilnehmen können und durch vorheriges Studium schon in den grundlegenden Fragen orientiert sind.

Es werden folgende Fragen behandelt:

- A. Volkswirtschaftlicher Teil.
 1. Einleitung (10.—29. August): Die wichtigsten gesetzlichen Bestimmungen, Organisation, Aufgaben und Wirksamkeit der Arbeiterversicherung (Kranken-, Invaliden- und Unfallversicherung, freie Hilfskassen, Sterbefassen), des Arbeiterschutzes (der Arbeitsvertrag nach der Gewerbeordnung und dem Bürgerlichen Gesetzbuch, Gewerbeinspektion u.), der Gewerbegerichte, des Genossenschaftsrechtes, des Vereins- und Versammlungsrechtes. Gleichzeitig wird Anleitung gegeben, wie die Arbeiter an der Verwaltung und Durchführung der genannten Gesetze mitwirken können als Krankentassenvorstände, Gewerbegerichtsbeisitzer u.
 2. Besonderer Teil (vom 31. August bis 3. Oktober): Entwicklung der Volkswirtschaft, Volkswirtschaftliche Aufgaben Deutschlands in der Gegenwart, der moderne Sozialismus (Erfurter Programm, Taktik der Sozialdemokratie und unsere Aufgaben gegenüber der Sozialdemokratie u.), Entwicklung des Koalitionsrechtes, Entstehung, Verfassung und Erfolge der englischen Gewerkschaften, Geschichte der Gewerkschaften in Deutschland, Tarifverträge, Organisations- und Versammlungspraxis, Arbeiter-Genossenschaftswesen (Konsumvereine), Kommunale Sozialpolitik, Wohnungsfrage, Geistige Bildung des Arbeiterstandes, Die Grundfragen der Handwerkerpolitik, Die Grundfragen der Agrarpolitik, Das Wichtigste aus Bank- und Börzenwesen.
- B. Apologetischer Teil (vom 5.—17. Oktober): Die Grundwahrheiten des Christentums verteidigt gegen über den modernen Angriffen (besonders berücksichtigt werden dabei die Naturwissenschaft, Kulturgeschichte und die materialistische Geschichtsauffassung des Sozialismus). Täglich findet ein belehrender Vortrag statt. Außerdem werden an einigen Tagen der Woche am Abend Konferenzen über wichtige Einzelfragen abgehalten. Wöchentlich finden einige praktische Übungen statt in der Abfassung von schriftlichen Arbeiten, im mündlichen Vortrage mit Diskussion, in Handhabung der parlamentarischen Verhandlungsformen bei öffentlichen Versammlungen, beratenden Sitzungen, Unterrichtskursen.

Gebühren für die Teilnahme am Kursus werden nicht erhoben. Kosten entstehen also den Teilnehmern nur durch die Ausgaben für Kost und Logis, Taschengeld, Anschaffung von Schreibmaterial und einigen Lehrbüchern. Dieselben können ins-

gesamt monatlich durch 60—70 Mk. je nach den Ansprüchen gedeckt werden.

Diese Kosten sind von den Arbeiterorganisationen, welche die Teilnehmer zum Kursus entsenden, zu decken. In den meisten Landesteilen Deutschlands können Mitglieder von Arbeitervereinen Unterstützung erhalten aus den Leo-Jubiläumsfonds, welche von verschiedenen Verbänden katholischer Arbeitervereine gestiftet sind und von denselben verwaltet werden.

Die genannten Kosten erhöhen sich, wenn Teilnehmern, welche eine Familie ernähren müssen, Entschädigung für den entfallenen Arbeitslohn gezahlt werden muß.

Wohl zu beachten ist bei der Auswahl der Teilnehmer, daß dieselben nach Beendigung des Kursus wieder eine Arbeitsstelle finden, falls dieselben nicht etwa als Arbeitersekretäre u. von Arbeiterorganisationen freigestellt werden sollen. Es muß auf alle Fälle verhindert werden, daß Teilnehmer des Kursus nachher arbeitslos dastehen.

Anmeldungen zum Kursus möge man möglichst bald richten an Diözesanpräses Dr. Aug. Pieper in M. Gladbach. Ebenso sind Prospekte für den Kursus nebst Programm von dort zu beziehen. Der Anmeldung sind die Wünsche betreffend Kost und Logis, die den Teilnehmern vermittelt werden, beizufügen. Den angemeldeten Teilnehmern gehen dann frühzeitig nähere Mitteilungen zu, wohin sie sich bei ihrer Ankunft zu wenden haben.

Paragraph 153 der Gewerbeordnung. Wegen Vergehen gegen den § 153 der Gewerbeordnung wurde der Redakteur der „Holzarbeiterzeitung“, Herr Köcke, zu einem Tage Gefängnis verurteilt. Herr Köcke hatte in einem Streikbericht den Satz veröffentlicht: „Ein Hundsfott derjenige, der sich dazu hergibt, seinen Kollegen in den Rücken zu fallen!“ Hierin erblickte der Staatsanwalt eine Ehrverletzung im Sinne des oben genannten Paragraphen. Das Gericht schloß sich dieser Auffassung an. Gegen das Urteil ist Berufung eingelegt.

Tischlerberufsgenossenschaft. Ein am 21. Juni in Sommerfeld abgehaltener Tischlertag befaßte sich mit dem Vorschlage, die Tischler von der Holzberufsgenossenschaft zu trennen und die Bildung einer Tischlerberufsgenossenschaft anzustreben. Zu diesem Zwecke wurde folgender Beschluß gefaßt:

„Der 16. Tischler-Unterverbandsstag beauftragt seinen Vorstand, ein Vorstandsmitglied unter Beistand der Handwerker-Kammer in das Reichsversicherungsamt zu entsenden behufs Feststellung der Möglichkeit der Errichtung einer allgemeinen Tischler-Berufsgenossenschaft für ganz Deutschland. Je nach dem Ausfall dieser Feststellung soll event. ein Antrag an den Land-Deutscher Tischler-Zunungen gestellt werden.“

Beiseitigung des Korbflechtens in Gefängnissen. In der ersten Kammer des Großherzogtums Hessen hat der Abgeordnete Freiherr von Heil folgenden Antrag eingebracht: „Hohe Kammer wolle beschließen, die Großherzogl. Regierung zu ersuchen, die Beschäftigung der Gefangenen mit Korbflechtereien in den dabei in Betracht kommenden Gefängnissen des Landes thunlichst bald einzustellen und eine andere Beschäftigung an deren Stelle treten zu lassen, damit der Druck verschwindet, welchen die Arbeit der Sträflinge auf das alt eingesehene Gewerbe der Korbflechter in den rheinheffischen Gemeinden ausübt.“

Lungenheilstätten in Deutschland. Im deutschen Reiche gibt es gegenwärtig zwischen 70 und 80 Lungenheilstätten, von denen 57 öffentliche und Vereins-Heilstätten, der Rest private Heilanstalten sind. In den gesamten Heilstätten sind mehr als 7000 Krankenbetten in Betrieb. Rechnet man, daß jedes Anstaltsbett durchschnittlich von vier Personen im Jahre benutzt wird, so genießen schon jetzt annähernd 30 000 Personen jährlich die Wohlthat der Heilstättenbehandlung. Im Bau begriffen und größtenteils der Vollendung nahe sind weitere zehn Heilstätten. Außerdem haben die Landesversicherungsanstalten für die Provinz Sachsen und das Herzogtum Anhalt, für Schwaben und Neuburg und für das Königreich Sachsen, sowie eine Anzahl von größeren Heilstättenvereinen, städtischen Verwaltungen und Stiftungen die Errichtung von zusammen 23 Lungenheilstätten in Aussicht und zum Teil bereits in Angriff genommen.

Handwerkerstatistik. In dem neuesten Hefte der Conrad'schen Jahrbücher steht ein sehr lehrreicher Aufsatz über den gegenwärtigen Stand der deutschen Handwerkerorganisation. Danach hat in der Zeit vom Jahr 1896 bis 1902 die Anzahl der Innungen um 69 und die der Mitglieder um 125 919 zugenommen, d. h. um 38 pCt. Nimmt

man für 1902 die Zahl von 1 300 000 selbständigen Handwerkern in Deutschland an, so umfassen die 457 283 in Innungen organisierten Handwerker 35,2 v. H. aller Handwerker. Für 1896 stellte sich die Zahl der in Innungen organisierten Handwerker auf 25 v. H. Es hat sich also seit dem Handwerksgefecht die Zahl der Innungsmitglieder von 25 auf 32,2 v. H. gehoben. Rechnet man noch die zu Gewerbevereinen gehörigen Handwerker in Höhe von 89 100 hinzu, so haben wir in Deutschland 546 383 überhaupt in Innungen und Gewerbevereinen organisierte Handwerker, die also 42 v. H. aller Handwerker Deutschlands ausmachen. Aus diesen statistischen Angaben ergibt sich, daß die Innungsverordnungen keineswegs im Auflösungsprozess begriffen sind. Ob das neue Handwerksgefecht vom 26. Juli 1897 den Ausschlag mit veranlaßt hat, ist nicht ganz sicher, wenn auch nicht ganz unmöglich.

Soziale Versöhnung. Hierüber äußerte sich Professor Schmoller in einem Vortrage zu München:

„Es wird immer resultatlos bleiben, heute dem organisierten Arbeiter seine Ideale und seine Führer nehmen zu wollen, ihn von innen heraus beschreiben zu wollen. Er ist nur zu versöhnen, wenn man ihm zunächst seine Klagen läßt, aber praktisch mit ihm partiiert und verhandelt, mit ihm seine Arbeitsverfassung, seine tägliche Arbeitszeit, die Frauen- und Kinderarbeit, die Lohnzahlungsmethoden, die Erziehung seiner Kinder zu verbessern sucht; wenn man ihm seine Arbeitervereine, sein Koalitionsrecht anerkennt, aber zugleich durch Ausbildung von Schlichtungsgerichten, durch Tarifverträge, durch ein gerechtes Gesetz über die Arbeitervereine die Schattenseiten des Koalitionsrechtes einschränkt. Nur langsam, Schritt für Schritt, kann man wieder zu normalen Arbeiterverhältnissen kommen. Aber es ist doch nicht so schwer, und es ist die Bedingung, unter der wir allein den Sieg auf dem Weltmarkt erringen können. Wenn wir den Engländern und Amerikanern die frühere soziale Versöhnung überlassen, so werden wir von ihnen geschlagen werden.“

Die Versöhnung wird durch eines erleichtert werden: an die Stelle der herrschaftlichen großen Einzelgehäfte treten nunmehr Aktiengesellschaften, Kartelle, Trusts, Kiesenunternehmungen, Staats- und Kommunalbetriebe. Sie werden nicht mehr von Individuen und ihrer Leidenschaft, sondern von Kollegen und Beamten regiert. Unsere großen Aktien-, Bahn- und Staatsunternehmungen haben unter den Arbeitern heute eine wachsende Beamtenschaft, Techniker, Chemiker, Kaufleute, als Oberwerkmeister, als Unterbeamte. Die private Beamtenschaft unserer Unternehmungen stieg 1882 bis 1895 in Deutschland von 307 268 auf 621 825, sie wird heute vielleicht schon eine Million ausmachen, vielleicht mehr, als es Staats- und Gemeindebeamte gibt. Auch in dieser Schicht ist eine erste soziale Säkularisierung entstanden; auch sie ringt nach höherem Einkommen, besserer Behandlung, größerer wirtschaftlicher Sicherheit. Die Neuordnung der Stellungen, die Versöhnung wird hier leichter gelingen als mit den Arbeitern, und sie wird zum Vorbild für die Behandlung der Arbeiter werden. Die hier geschlossenen Rechtsformen werden auf sie übertragen werden, wie wir schon im Staatsbahnbauwesen, Salinenwesen, in den Kammern vielen Tausenden von Arbeitern Beamtenschaft gegeben haben.

Soweit das nicht möglich ist, wird die Schule des Vereinslebens, wird die Gewerkschaftsorganisation die Arbeiter zu erziehen haben; sie werden hier wieder lernen, eine Art Aristokratie ihren selbst gewählten Führern zuzuflehen, und mit diesen Elementen werden die Unternehmer partiiert, vernünftige Arbeits- und Tarifverträge schließen können. Alle diese großen Unternehmungen werden nach und nach den Charakter halböffentlicher Anstalten bekommen; in ihrer Leitung werden mehr und mehr neben den großen geschäftlichen auch große soziale Gesichtspunkte Platz greifen. Je größer, dauernder diese Anstalten werden, je mehr sie eine Art gesetzlicher Monopolstellung erhalten, desto mehr werden sie, wie Staat und Gemeinde in der Lage sein, auch gut für ihre Leute zu sorgen; sie werden, je mehr sie das thun, die besten Arbeitskräfte erhalten. Und so wird — freilich erst in langer Arbeit — die soziale Spannung ermäßigt werden können, die heute auf uns lastet.“

Neutralität der Gewerkschaften. Hierüber lesen wir im „Evangelischen Arbeiterblatt“: „Man denke nicht, die eigentliche Kraft der Sozialdemokratie liege in der Wucht ihrer Kritik. Ihre Kraft liegt in den straff organisierten modernen Gewerkschaften mit ihren 700 000 Mitgliedern. Hier liegt die Erklärung für alle sozialdemokratischen Erfolge. Die Wahlbewegung hat der Meinung, diese Gewerkschaften seien politisch neutral, endgiltig den Garans gemacht. Wer jetzt von den sozialdemokratischen Gewerkschaften schlechthin behauptet, sie ständen der Sozialdemokratie gleichgiltig und selbständig, also neutral, gegenüber, weiß nicht, wie die Dinge stehen oder hat Grund, sie zu verschleiern.“

Die christl. Gewerkschaftsbewegung hat die parteipolitische Neutralität in der vergangenen Wahlbewegung nirgend gebrochen. Schreiber dieser Zeilen hat ihre Gewerkschaftsblätter auf das aufmerksamste darauf hin verfolgt und nichts gefunden, was Anlaß zu gerechtem Tadel bieten könnte. Als Franken-Voruum noch in der letzten Zeit gegen den christlichen Vergarbeiterverband losposterte, sind es die evangelischen Vorstandsmitglieder dieses Verbandes gewesen, die ihm entgegen getreten sind. Franken hat seinen thörichten Angriff mit seinem Mandat bezahlt. Der christliche Vergarbeiterverband wahrte so sorgfältig seine Neutralität, daß er in den letzten Wochen vor der Reichstagswahl überhaupt keine Versammlung abhielt, damit nicht politische Leidenschaft wider die von den Satzungen vorgeschriebene Neutralität verstoße.

Lohnbewegung.

Zuzug ist fernzuhalten von: Schreiner nach Waune i. Westfalen, und Gschft a. M.

(Wir bitten, uns jede Woche mindestens per Karte über den Stand der Differenzen Mitteilung zu machen, da sonst die Warnung wegfällt.)

Aus den Zahlstellen.

Posen. Wie in der vorigen Nummer kurz mitgeteilt ist jetzt auch der Bautischlerstreik zu Ende. Leider haben die Bautischler bei diesem Streik nicht so gut abgeschlossen, wie vor einigen Wochen die Möbeltischler. Das einzige, was die Meister zugegeben haben, ist die Erhöhung des Mindestlohnes von 30 auf 33 Pfg. die Stunde. Dieses Resultat war vorauszusehen, nachdem mehr wie 75 Streikbrecher die notwendigsten Arbeiten den Meistern fertig stellten und viele Bauarbeiten von auswärts eingeführt wurden. Das Ende des Streiks wurde mit 66 gegen 5 Stimmen beschlossen.

Versammlungs-Anzeiger.

Versammlungen finden statt:

- Köln.** Sonntag den 26. Juli, morgens 11 Uhr, Restaurant Kettenst.
- Barmen.** Samstag den 25. Juli, abends 8 1/2 Uhr bei Martin, Parlamentstraße 3.
- Beurath.** Sonntag den 26. Juli, morgens 1/2 11 Uhr mit Vortrag. Der Wichtigkeit halber wird um vollzähliges Erscheinen ersucht.
- Berlin.** Samstag den 25. Juli, abends 8 1/2 Uhr Straßburgerstr. 126, mit Vortrag des Kollegen Meier, über das Krankenversicherungsgesetz.
- Bochum.** Samstag den 25. Juli, abends 8 1/2 Uhr, bei Menje.
- Boon.** Samstag den 25. Juli, abends 9 Uhr bei Peter Vogel, Wilhelmstr. 18.
- Breslau.** Dienstag den 21. Juli, abends 8 1/2 Uhr bei Gajwitt Schnabel, Alexanderstr. 5.

- Bocholt.** Sonntag den 26. Juli.
- Cloves.** Sonntag den 26. Juli, mittags 1/2 12 Uhr, beider Sektionen, bei Driever.
- Coblenz.** Sonntag den 26. Juli, mittags 2 Uhr.
- Cöln-Nippes.** Sonntag den 26. Juli, mittags 11 Uhr, Ecke Turm- und Einheilstraße.
- Goefeld.** Sonntag den 26. Juli, morgens 11 1/2 Uhr, Restauration Lust, Leth...
- Galmar.** Samstag den 25. Juli.
- Hildesheim.** Donnerstag den 23. Juli, abends 9 Uhr im Paulushause, mit Vortrag des Herrn Arbeitersekretärs Most aus Altona.
- Dortmund.** Samstag den 25. Juli bei Thelken, Amalienstraße 3.
- Darmstadt.** Samstag den 25. Juli, Bleichstraße 40.
- Effen (Ruhr).** Samstag den 25. Juli im Alfreudshaus.
- Elberfeld.** Montag den 20. Juli, abends 9 Uhr, Restauration Klopshahn, 5, mit Vortrag eines Referenten aus Cöln.
- Freiburg.** Samstag den 25. Juli, Gasthaus zum Hirschen.
- Fürth.** Samstag den 25. Juli, abends 1/2 9 Uhr im Gefellenhospiz.
- Fürthheim.** Samstag den 25. Juli, abends 1/2 9 Uhr.
- Goch.** Sonntag den 26. Juli, morgens 1/2 11 Uhr im Gesellenhaus, Mühlenstrasse.
- Schweizer.** Samstag den 25. Juli, Lokal christlicher Männerverein.
- Herrn.** Samstag den 25. Juli, abends 8 1/2 Uhr beim Wirt Nufbaum.
- Hagen.** Samstag den 25. Juli, abends 9 Uhr bei Gastw. Jol. Stüb, Hochstraße 76.
- Karlruhe.** Samstag den 25. Juli, Caffee Royal, Gütingerstraße 3.
- Pippstadt.** Dienstag den 21. Juli, abends 9 Uhr im kath. Gefellenhaus.
- Wannheim.** Samstag den 25. Juli, abends 1/2 9 Uhr im Lokal „Zur Margarethe“ G. 2. Nr. 19, mit Vortrag über die Invaliditäts- und Altersversicherung.
- Waldheim (Ruhr).** Sonntag den 26. Juli, bei Westhof, Hahausmarkt.
- Münster (Sektion der Zimmerer).** Sonntag den 26. Juli, mittags 12 Uhr bei Krampe, Altensteinweg.
- Münchn.** (Sektion der Tischler) Sonntag den 20. Juli, mittags 12 Uhr bei Pape, Clemensstraße. In dieser Versammlung wird unser neuer Bezirksvertreter einen Vortrag halten. Alle Kollegen haben zu erscheinen.
- München.** Samstag den 25. Juli, abends 8 1/2 Uhr im goldenen Anfer.
- Münsterberg.** Samstag den 25. Juli im Gefellenhospiz.
- Paderborn.** Samstag den 25. Juli, abends 8 1/2 Uhr im Restaurant Teppe, Heiner Domplatz.
- Recklinghausen.** Samstag den 25. Juli, abends 8 1/2 Uhr beim Wirt Wallenbauer.
- Regensburg.** Sonntag den 26. Juli, Jacobinerstraße.
- Rheine.** Sonntag den 26. Juli, Restaurant Germania.
- Schwefenz.** Montag den 20. Juli, abends 8 Uhr.
- Trier.** Samstag den 25. Juli Generalversammlung. Ergänzungswahl der Ortsverwaltung. Die Kollegen werden gebeten, alle zu erscheinen.
- Tölz.** Jeden Sonntag, morgens 10 Uhr, im Gefellenvereinslokal Schafflerbräu.
- Wurzburg.** Sonntag den 26. Juli.
- Wiesbaden.** Montag den 20. Juli im kath. Gefellenhaus.

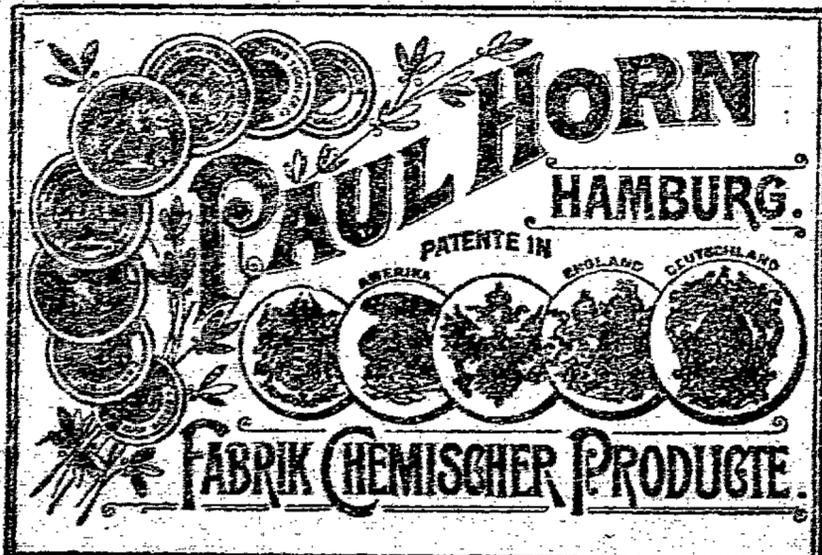
Briefkasten.

An Mehrere. Wir richten uns bei den Versammlungsanzeigen genau nach dem von den Zahlstellen ausgefüllten Formular. Werden die Versammlungen verlegt, dann muß uns davon deutliche Mitteilung gemacht werden. Nicht selten kommt es vor, daß der Schriftführer einer Ortsverwaltung die Versammlung auf Samstag anmeldet, während der Vorsitzende einen Sonntag angibt. Also richtige Anmeldung der Versammlungen, dann erfolgt auch die richtige Veröffentlichung im Anzeiger.

Fronach. Ihre Versammlungsanmeldung auf dem Formular lautet: „Alle 14 Tage jeden ersten und dritten Sonntag.“ Wir sind Ihnen dankbar, wenn Sie uns mitteilen, wie wir auf Grund dieser Angabe die Versammlungen richtig veröffentlichen können.

Einzelmitglied Donaganla: Der Verbandsbeitrag ist nunmehr bis zur 4. Woche im September entrichtet.

Das Reichsarbeitsblatt kann zum Preise von jährlich 1,00 Mk. bei jeder Postanstalt bestellt werden. Jeden Monat erscheint ein Heft.



Goldene Medaille: Lübeck 1895. Prämiirt: Hamburg 1889: Gewerbe- u. Industrie-Ausstellung. Hamburg 1889: Deutsche Tischlerei-Ausstellung. Leipzig 1890: Drechslerei-Fachausstellung.
Mattapparate (als Mattine, Salon Matt, Mattische) sind absolut wasserecht, tragen sich leicht auf und sind sofort trocken.

Monopol-Polituren (Schellack-Polituren ohne Oelanzwendung) haben sich in den größt. Fabriken dauernd Eingang verschafft.

Wasserechte Beizen in allen Holzfarben, auch almahagoni u. englischgrün, rauhen das Holz nicht auf, prächtvolle Farbentöne, schnell trocken.

Copal-, Bernstein-, Damar- und Asphaltlacke werden nur in gut abgelagerter u. gepulverter Waare zum Versandt gebracht.

Politur-Glanz-Lacke farblos und färbend, sind als das vorzüglichste weltbekannt, hochfeiner zarter Glanz, Geschmeidigkeit beim Auftragen, polirfähig, dauerhaft schnell trocknend.

Schellack-Porenfüller einzig brauchbares Fabrikat zum Füllen der Holzporen und Schellackmasse.

Schellack-Politur-Extrakte sind mit peinlichster Sorgfalt gereinigt, die jeder Fachmann verwenden sollte.

Div. Sorten Leim als Patentleim, Kräftleim, Gelatineleim etc., sind preiswert und von ff. Qualität.

Flintsteinpapiere sind überall gelobt, da z he und scharf.

Patent-Politur zum Reinpulieren erzeugt durch einen einzigen Ballen glanzartigen, blitzblanken Glanz, entfernt alle Oelwolken und verhindert unter Garantie das Oelanschlagen.

Spiritus la. rektifiz. 96% nichtstinkend, u. zollamtl. Kon-trolle denaturiert.

Freisbücher gratis und franco.

Tischler-Schule Detmold.
 Drei- und sechsmonatlicher Kursus. Eintritt an jedem ersten des Monats.
 — Bewährte Ausbildung — als Werkmeister und Zeichner.

Stung.
 Schreiner oder Anfänger können sich eine Existenz sichern. Für M. 2.— in Marken erhalten Sie 2 fachmänn. Zeichnungen lohnender Kräfte, patentierbar, jeder Hausfrau unentbehrlich, einzeln M. 1,20. Reiner verfaume die günstige Gelegenheit, da wenig Kunst. Best. Off. 3. Weiterbef. u. Offizier Nr. 11873 an Hagenstein u. Vogler, Cöln, Rh.

Verantwortlicher Redakteur: Heinrich Aulisch, Cöln.
 Druck von Heinrich Heffing, Cöln, unter Raster 8.